

## Analyse

# Die Herausforderungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011

Agnieszka Łada, Warschau

### Zusammenfassung

Die am 1. Januar 2010 begonnene spanische EU-Ratspräsidentschaft hat ein Achtzehnmonatsprogramm des spanischen, des belgischen und des ungarischen Vorsitzes in Gang gesetzt, das den Zeitraum von Januar 2010 bis Juni 2011 umfasst. Die Leitung der Europäischen Union durch das nächste Trio wird in anderthalb Jahren – im Juli 2011 – von Polen eingeleitet. Die EU-Ratspräsidentschaft innezuhaben, bedeutet für jedes Land die Chance, sich im Rahmen der Europapolitik von seiner besten Seite zu zeigen, ist aber auch mit vielen Herausforderungen verbunden. Diese hängen von der internen Situation in der Gemeinschaft, Ereignissen in der internationalen Politik, aber nicht zuletzt auch von der Situation im eigenen Land ab. Anderthalb Jahre vor der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Polen lohnt es sich, diese Herausforderungen zu skizzieren.

### Premiere: Die Rolle der EU-Ratspräsidentschaft

Eine der größten Herausforderungen der polnischen Präsidentschaft wird sein, dass Warschau diese Funktion zum ersten Mal übernimmt. Die fehlende Erfahrung kann bewirken, dass sich viele Aufgaben als schwierig, viele Situationen als überraschend erweisen können, auch wenn Polen sich gut und entsprechend zeitig auf die neue Rolle vorbereitet hat. Nicht von ungefähr betonen Beamte aus Tschechien und Slowenien, zweier EU-Mitgliedsländer, die unlängst ebenfalls zum ersten Mal den Ratsvorsitz innehatten, dass die Ratspräsidentschaft erst dann richtig gut eingespielt sei, wenn sie endet. Sich am Beispiel anderer Länder zu orientieren, ist hilfreich, ersetzt aber nie den Wert eigener Erfahrungen. Daher stehen die »neuen« EU-Mitgliedsländer am Anfang der Zeit der Präsidentschaft immer vor einer großen fachlichen und organisatorischen Herausforderung. Also muss auch die polnische Regierung auf viele unerwartete und neue Situationen vorbereitet sein sowie darauf, von den anderen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere westeuropäischen, häufig kritisch beobachtet zu werden.

Ein Beispiel für das beschränkte Vertrauen gegenüber den seit 2004 der EU angehörenden Staaten, das illustriert, was Polen im Falle von Fehlern erwarten kann, ist die Beurteilung der tschechischen Ratspräsidentschaft. Noch vor ihrem Beginn wurden Befürchtungen laut, dass die Tschechen dieser Herausforderung nicht gewachsen seien. Ein Argument war, dass sie keine Erfahrungen und auch keine Durchsetzungskraft in Zeiten notwendiger mutiger Entscheidungen hätten. Besonders die französische Presse attackierte die Nachfolger der französischen Präsidentschaft. Anfangs gelang Tschechien eine erfolgreiche Führung der EU und die Her-

beiführung konkreter Lösungen. Die Regierungskrise im eigenen Land machte aber den guten Start zunicht. Jetzt erinnert man sich vor allem an die Probleme der tschechischen Innenpolitik und den Euroskeptizismus von Staatspräsident Václav Klaus, nicht aber an die gute organisatorische Vorbereitung und die effektiv arbeitenden Beamten. Das Bild eines unsicheren, unkalkulierbaren Staates, der lange Zeit die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon vor sich her geschoben hatte, überträgt sich auf das Image der anderen Staaten in dieser Region. Klaus' Haltung ließ sich sehr leicht mit der des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński assoziieren, der die Ratifizierung ebenfalls hinauszögerte. Dies macht es den »alten« EU-Ländern leicht zu verallgemeinern und den »neuen« EU-Staaten Ostmitteleuropas das Etikett der Euroskeptiker anzuhæften. Der tschechische Ratsvorsitz hat also den neuen Mitgliedsländern, die in Zukunft die Präsidentschaft übernehmen werden, darunter Polen, diese Aufgabe nicht erleichtert, da im Westen bestehende negative Stereotype verfestigt wurden. Man erinnert sich an Tschechien als von innenpolitischen Problemen zerrissen, integrationsunwillig und im Schatten des französischen Vorsitzes stehend. Dies ist sicherlich keine gute Grundlage, um ein positives Bild der polnischen Vorbereitungen für die Ratspräsidentschaft 2011 aufzubauen. Vor Polen wird Ungarn das Amt innehaben. Wenn deren Präsidentschaft negativ beurteilt würde, könnte dies auch die Erwartungen an die polnische Präsidentschaft ungünstig beeinflussen.

In den Augen des »alten« Europa werden die »Neuen« weiterhin noch als eine Einheit wahrgenommen und die Fehler einzelner Staaten werden anschließend mit dem Rest der Staaten dieser Region assoziiert. Demokratiedefizit, ein zu geringes Engagement für die Integration oder politische Instabilität gehören zu den häufigsten Vorwürfen in Richtung der EU-Länder, die 2004 bei-

getreten sind. Wenn sie mit Initiativen oder Ansichten hervortreten, die zu den Meinungen des »alten Europa« im Widerspruch stehen, wird dies oft als Undankbarkeit der neuen Mitglieder aufgefasst. In Erinnerung bleiben Vorfälle, in denen letztere fehlenden Willen zur Erarbeitung von Kompromissen zeigten oder Veränderungen ohne nachvollziehbare Gründe bzw. aufgrund nationaler Interessen blockierten. Negative Eindrücke von Polen aus den Jahren 2005 bis 2007 – der Regierungszeit von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) – können noch lange die Wahrnehmung der Europapolitik der jungen EU-Staaten bestimmen. Die Europapolitik der aktuellen polnischen Regierung, die viel offener ist, auf Zusammenarbeit setzt und eigene Initiativen entwickelt, wird nicht sofort diese Erinnerungen vertreiben. Polen sollte sich dieser Stereotype bewusst sein, wenn es den Ratsvorsitz übernimmt, und die Regierungen und Gesellschaften der anderen Länder sollten sich ihrerseits von ihnen frei machen. Ein positives Zeichen, dass die Verdienste der Regierung von Ministerpräsident Tusk und sein persönliches Engagement im Bereich der EU-Politik doch auch in den anderen EU-Staaten bemerkt und gewürdigt werden, ist die Verleihung des Aachener Karlspreises 2010 an Donald Tusk, die vor kurzem bekannt gegeben wurde.

### **Neuer rechtlicher Rahmen**

Eine weitere große Herausforderung ist, dass die Präsidentschaft in einen teilweise neuen rechtlichen Rahmen eingebettet ist. Das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags führte zu einigen Änderungen, die den EU-Ratsvorsitz betreffen, insbesondere in der Außenpolitik. Demnach kann sich Polen nur bis zu einem gewissen Grad an den Ländern orientieren, die bisher die Präsidentschaft inne hatten. Einige Änderungen werden erst von den Staaten, die vor Polen an der Spitze der EU stehen werden, in die Praxis umgesetzt oder sogar erst unter der polnischen Präsidentschaft. Daher muss die polnische Regierung umso enger mit den Präsidentschaften bis 2011 zusammenarbeiten und die Implementierung des Lissabonner Vertrags mitgestalten.

Die Etablierung zweier neuer Funktionen – die des Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und die des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik – bewirkt, dass sich der Regierungs- bzw. Staatschef des Landes, das den Ratsvorsitz in der EU innehat, nicht in dem Maße wie bisher in sie einbringen muss. Beispielsweise leitet der Vorsitzende nicht mehr die Treffen des Europäischen Rates, was nun Aufgabe des Ständigen Präsidenten ist. Letzterer muss sich auch um Kompromisse zwischen den Staats- und Regierungs-

chefs bemühen und die EU nach außen repräsentieren. Diese Funktion teilt er mit dem Hohen Vertreter. Das beschränkt die Rolle des nationalen Außenministers des jeweiligen vorsitzenden Staates. Notwendig wird dadurch ein häufiger Austausch zwischen der polnischen Regierung und den beiden genannten Amtsinhabern, auf dass sie sich gegenseitig unterstützen und der Tätigkeit des Rates gemeinsam eine Richtung geben. Es ist jedoch auch denkbar, dass es in den betreffenden Aufgaben- und Verantwortungsbereichen zu Konkurrenzsituationen zwischen der rotierenden (polnischen) EU-Ratspräsidentschaft, dem Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik kommt.

Die Änderungen für den Vorsitz des EU-Rates, die sich aus dem Lissabonner Vertrag ergeben, verringern dagegen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem polnischen Staatspräsidenten und dem polnischen Ministerpräsidenten im Bereich der nationalen Außenpolitik. Bisher gab es Probleme, wer von den beiden das Land auf den Gipfeltreffen des Europäischen Rates repräsentieren soll. Für die EU-Ratspräsidentschaft ist aber allein die Regierung zuständig. Die Rolle des Staatspräsidenten wird entscheidend davon abhängen, wer die Wahl zum polnischen Staatspräsidenten im Herbst 2010 gewinnen wird – gestaltet sich doch die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Staatspräsidenten aus demselben Lager anders als zwischen Vertretern, die in Opposition zueinander stehen. Die Zusammenarbeit könnte allerdings wiederum durch die 2011 stattfindenden polnischen Parlamentswahlen gestört werden, die während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt werden. Davon später mehr.

Darüber hinaus stellt die durch den Lissabonner Vertrag eingeführte kombinierte Präsidentschaft dreier Länder für insgesamt 18 Monate eine weitere Herausforderung dar. Warschau wird also nicht allein für das Arbeitsprogramm in der Zeit des polnischen Vorsitzes verantwortlich sein, sondern zusammen mit Dänemark und Zypern einen Aktionsplan entwickeln müssen, der auf die aktuelle globale und EU-interne Situation ausgerichtet ist sowie auf die Ambitionen der drei Hauptstädte. Als größtem Land des Trios wird Polen von seinen beiden Partnern eine Führungsrolle zugeschrieben, so dass es auf die Partner einwirken und den Ton der Arbeit angeben kann. Das heißt aber nicht, dass alle Ideen Warschaus auch umgesetzt werden. Beispielsweise ist Zypern deutlich weniger an der Unterstützung des Projekts der »Östlichen Partnerschaft« interessiert, wird aber darauf drängen, die »Mittelmeer-Union« voranzutreiben. Von beiden Ländern wird es abhängen, ob sie

ihre Kräfte vereinen und eine Lösung ausarbeiten werden, die beide Programme unterstützt, oder ob die Programme als rivalisierend aufgefasst werden.

Der Lissabonner Vertrag stärkt des Weiteren die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im Entscheidungsprozess der EU. Es ist daher sinnvoll, sich schon heute um eine gute Zusammenarbeit mit den Abgeordneten in Brüssel und Straßburg zu kümmern. Die im Vergleich zu anderen Ländern große und außerdem fachlich gut vorbereitete polnische Repräsentation ist in der Lage, die polnische Regierung wirksam zu unterstützen, indem sie im Forum des EU-Parlaments auf Themen aufmerksam macht, die die polnische Ratspräsidentschaft als wesentlich erachtet. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments können außerdem beraten sowie Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Notwendig sind in diesem Zusammenhang Regeln für eine produktive Zusammenarbeit und häufige Kommunikation mit der nationalen Verwaltung und den Sejm-Abgeordneten. Auf deren Fehlen hatten die polnischen EU-Abgeordneten der vorangegangenen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments hingewiesen; dies sollte daher verbessert werden.

Die wachsende Bedeutung, die der Lissabonner Vertrag den nationalen Parlamenten beimisst, ist für die polnische Regierung in der Zeit ihres Ratsvorsitzes eine Herausforderung. Das Land, das der EU präsiert, muss mehr als bisher die Bedeutung der Abgeordneten im eigenen Land berücksichtigen. Daher sollte sich das heimische Parlament in der Phase des Ratsvorsitzes besonders intensiv für die Mitgestaltung der Europapolitik einsetzen, indem es effektiv auf Projekte der Europäischen Union reagiert, die diese ihm weiterleitet, und indem es mit den anderen Nationalparlamenten und dem Europäischen Parlament kooperiert. Im Falle Polens wird sich dies jedoch als kompliziert gestalten, da in der Zeit der sechsmonatigen polnischen Ratspräsidentschaft zu Hause die Parlamentswahlen stattfinden werden. Dies könnte die Zusammenarbeit auf der Ebene Regierung, die den EU-Vorsitz innehat, und Sejm erschweren, wenn nicht sogar bremsen.

### Eine neue polnische Regierung

Die Folgen der nationalen Parlamentswahlen in der Zeit der polnischen EU-Präsidentschaft sind allerdings von noch größerer Bedeutung. Wie bei allen Wahlen üblich, ist auch 2011 ein intensiver Wahlkampf zu erwarten, in dem sich auch die Regierungsparteien engagieren werden, was einen negativen Einfluss auf die Tätigkeit der Ratspräsidentschaft haben wird. Ebenso negativ wäre ein Regierungswechsel in dieser Zeit. Zwar erfreut sich

die aktuelle Regierung aus *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* und *Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* der Unterstützung der Bevölkerung, aber es lässt sich nicht voraussagen, ob sich die Wähler im Herbst 2011 für eine Fortsetzung der Koalition entscheiden, zumal vorher noch die Wahlen zum Staatspräsident stattfinden werden, bei denen Ministerpräsident Donald Tusk – sollte er antreten – Chancen hat zu gewinnen. Auf die Beliebtheit seiner Person in der Bevölkerung stützt sich aber in hohem Maße die derzeitige Regierung. Die Wahlergebnisse könnten also einen teilweisen oder sogar vollständigen Regierungswechsel zur Folge haben. Wie das tschechische Beispiel gezeigt hat, können alle Konflikte im Land oder Wechsel in der Regierung katastrophale Folgen für die Beurteilung der Ratspräsidentschaft haben. Daher wäre es ratsam, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Überlagerung der beiden Ereignisse zu vermeiden. Hinsichtlich des rechtlichen Rahmens ist dies keine leichte Aufgabe. Notwendig wäre die Verkürzung der Legislaturperiode des aktuellen Parlaments, indem es sich selbst auflöst, was die Zustimmung der Mehrheit der politischen Kräfte erfordert. Dies zu erreichen ist zurzeit schwierig.

### Die Prioritäten der Ratspräsidentschaft

Der Erfolg der Ratspräsidentschaft wird vor allem an der Umsetzung der vorher festgelegten Prioritäten bemessen. Jeder Staat lässt sich, wenn er sein Programm aufstellt, von den Chancen der Umsetzbarkeit, der aktuellen innen- und außenpolitischen Situation der EU und der Bedeutung der betreffenden Themen für das eigene Land leiten. Den konkreten Rahmen, in den die Hauptaktivitäten eingefügt werden, legt der Arbeitskalender der EU für den betreffenden Zeitraum fest. Zurzeit ist außerdem eine der größten Herausforderungen die Bewältigung der Finanzkrise und die Arbeit an einer neuen Wirtschaftsstrategie der Gemeinschaft.

Die polnische Regierung führt intensive Gespräche mit einer Gruppe polnischer und ausländischer Experten darüber, welche Ziele sie sich für ihre Ratspräsidentschaft setzen sollte und wie diese konkret aussehen sollten. Zunächst wurde bekannt, dass Priorität u. a. die Debatte über eine neue Haushaltsperspektive, die Energiesicherheit und die »Östliche Partnerschaft« haben sollten. Außerdem wird die Regierung im Rahmen des Europäischen Jahrs des Freiwilligen Engagements 2011 aktiv. Diese Pläne sind sinnvoll, da insbesondere die Umsetzung des Programms der »Östlichen Partnerschaft«, das von Polen initiiert worden ist, im Jahr 2011 Tempo annehmen sollte. Nach dem Vorsitz von Spanien und Belgien im Jahr 2010, die weniger Interesse an der

Ostpolitik bekunden, lässt sich erwarten, dass Ungarn (Ratsvorsitzender im ersten Halbjahr 2011) und Polen die Aktivitäten in diesem Bereich beschleunigen werden. Die »Östliche Partnerschaft« hat außerdem die Chance prioritätär behandelt zu werden, da sie keine Konflikte in Polen selbst auslöst. Das Programm des EU-Ratsvorsitzes wird zwar immer von der Regierung ausgearbeitet, aber gleichzeitig sollte es mit anderen Institutionen und wichtigen politischen Kräften abgestimmt werden. Ideal wäre es, wenn die Ziele der Regierung akzeptiert und weder von den Parteien im Parlament noch vom Staatspräsidenten in Frage gestellt würden, denn dann wäre eine effektive Umsetzung der geplanten Strategie möglich. Angesichts der Wahlkampagnen (2010 Präsidentschafts- und Selbstverwaltungswahlen, 2011 Parlamentswahlen) kann sich dies als sehr schwierig erweisen. Die Unterstützung der östlichen Partnerstaaten wird in Polen allerdings von allen gewichtigen politischen Kräften als notwendig erachtet. Daher besteht die Hoffnung, dass sich alle für die Entwicklung des Programms der »Östlichen Partnerschaft« einsetzen werden, obgleich nicht eine gewisse Konkurrenz ausgeschlossen werden kann, die u. a. davon abhängen wird, wer ab 2010 in Polen das Amt des Staatspräsidenten ausüben wird.

Warschau wird während seiner sechsmonatigen Präsidentschaft auch die Tatsache nutzen können, dass in seine Amtszeit zwei Ereignisse fallen, die mit der »Östlichen Partnerschaft« verbunden sind. Planmäßig wird 2011 der alle zwei Jahre stattfindende Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU und der Staaten, die die »Östliche Partnerschaft« umfasst, zusammenkommen. Es kann sein, dass der Gastgeber des Gipfels Ungarn sein wird, das vor Polen die Ratspräsidentschaft innehaben wird. Aber sogar dann sollte die polnische Regierung Anstrengungen unternehmen und das Gipfeltreffen für die Werbung für die »Östliche Partnerschaft« und die Entwicklung des Programms nutzen. Während des polnischen Vorsitzes müsste dann der Umsetzung der Vereinbarungen des Gipfels besondere Aufmerksamkeit zukommen.

Das zweite Ereignis, das mit der »Östlichen Partnerschaft« einhergeht, ist das jährlich von der Europäischen Kommission organisierte Forum Bürgergesellschaft im Rahmen der »Östlichen Partnerschaft«. Dies ist ein Treffen von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations – NGOs) aus EU-Ländern und denen der »Östlichen Partnerschaft«, deren Ziel es ist, auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Initiative sowie die Notwendigkeit, bürgerschaftliches Engagement einzubringen, hinzuweisen. Zwar liegt das Forum im Verantwortungsbereich der Europäischen

Kommission, jedoch kann – wie das Beispiel des ersten Treffens während des schwedischen Ratsvorsitzes im Herbst 2009 gezeigt hat – die Ratspräsidentschaft eine wichtige Rolle bei seiner Durchführung spielen. Eine wirksame Werbemaßnahme, die sowohl dazu dienen würde, eine positive Botschaft zum Thema polnische Ratspräsidentschaft zu vermitteln als auch diese Priorität des polnischen Programms zu unterstreichen, wäre die Organisation des Forums in Warschau. Zurzeit dauern die Gespräche des *steering committee* des Forums und der Europäischen Kommission an, ob das Forum in Brüssel stattfinden soll oder im Wechsel in EU-Ländern und Ländern der »Östlichen Partnerschaft« oder aber ob der Ort nach anderen Kriterien festgelegt wird. Sollte es nicht möglich sein, die Teilnehmer nach Warschau einzuladen, wäre es sinnvoll, die Organisation einer anderen großen internationalen Konferenz unter Beteiligung von NGOs aus der EU und den Ländern der »Östlichen Partnerschaft« zu erwägen, die dem Forum vorangeht und seiner Vorbereitung dient. Dies könnte zum Beispiel ein Treffen der Arbeitsgruppen sein, in die die Teilnehmer auf dem Forum eingeteilt worden waren und die um Experten erweitert würden, die nicht am Forum teilnehmen. Solche Veranstaltungen würden gleichzeitig die Funktion erfüllen, den polnischen und den europäischen Dritten Sektor – die Bürger – am Verlauf des Ratsvorsitzes zu beteiligen.

### Aktivierung von gesellschaftlichem Engagement

Außer den Herausforderungen, die sich aus der laufenden nationalen Politik, institutionellen Änderungen sowie der Situation in der EU ergeben, darf das Gewicht der gesellschaftlichen Unterstützung für die Ratspräsidentschaft nicht unterschätzt werden. Der Ratsvorsitz wird nicht nur ein Erfolg, wenn ihn die anderen Staaten positiv bewerten, sondern auch, wenn er positiv auf die Wahrnehmung der EU und des Integrationsprozesses seitens der polnischen Bürger wirkt.

Die Polen sind mit der Mitgliedschaft in der EU zufrieden. Gleichzeitig sehen sie keine Notwendigkeit, sich aktiv zu beteiligen, wenn es darum geht, die europäische Politik zu gestalten oder gar über sie mitzuentscheiden. Das zeigte die geringe Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009. Untersuchungsergebnisse des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) zeigen, dass trotz Wahlkampagne nur gut die Hälfte der Polen (57 %) nach der Wahl wusste, dass die Parlamentarier von den Bürgern gewählt werden. Auch wenn die Polen eine hohe Meinung über ihr Wissen zum Thema EU-

Apparat haben (59 % stimmten der Aussage zu, dass sie verstehen, wie die EU funktioniert), muss doch angenommen werden, dass viele weder die Wirkungsweise noch die Kompetenzen der einzelnen EU-Institutionen kennen. Besonders unklar scheint die Institution der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union zu sein, da sie mit keiner Funktion im eigenen Staat vergleichbar ist und Polen die Präsidentschaft zum ersten Mal ausüben wird. Aus diesen zwei Gründen – der mangelnden Bereitschaft der Bürger, sich für das Funktionieren der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen, sowie des fehlenden Wissens über ihre Organe – sollte die Zeit der Ratspräsidentschaft genutzt werden, die Idee der europäischen Integration noch stärker in der Bevölkerung publik zu machen und dabei insbesondere den Wert der eigenen Partizipation an diesem Prozess herauszustellen. Darüber hinaus ist es notwendig, eine effektive Informationskampagne zu Zielen, Kompetenzen und Verlauf der polnischen EU-Ratspräsidentschaft durchzuführen.

Die Regierungsadministration hat bereits konkrete Pläne dazu entwickelt. Partner der Informationskampagnen sollen u. a. Nichtregierungsorganisationen sein, die das gesellschaftliche Vertrauen genießen und die Bürger mit ihrer Botschaft erreichen. Für Projekte, die über den Ratsvorsitz informieren, und die Einrichtung entsprechender Internetseiten werden Gelder zur Verfügung gestellt. Eine weitere Möglichkeit, die Bevölkerung für das Thema der Ratspräsidentschaft zu interessieren, könnte die Hervorhebung einer der drei o.g. Prioritäten der Regierung sein, und zwar des freiwilligen Engagements. Das könnte den Bürgern näher liegen und sie mehr interessieren als komplizierte wirtschaftliche oder politische Fragen. Das Europäische Jahr des Freiwilligen Engagements, das auf das Jahr 2011 fällt, ist dafür die optimale Gelegenheit. In Polen ist die Idee, anderen zu helfen, nicht sehr entwickelt. Dies zeigen Statistiken, die Polen im Bereich des freiwilligen Engagements im Vergleich zu anderen Ländern auf die hinteren Ränge platzieren. Es gibt zwar Aktionen wie das Große Orchester der Weihnachtshilfe (Wielka Orkiestra Świątecznej Pomocy)<sup>1</sup>, an der sich viele Menschen mit großem Engagement beteiligen, allerdings ersetzt die Teilnahme an eintägigen Aktionen nicht die langfristige Arbeit zugunsten Hilfsbedürftiger. So könnte also die polnische Regierung das Jahr des Freiwilligen Engagements sowohl für

die Verbreitung dieser Idee in Polen und in Europa nutzen als auch der Ratspräsidentschaft das Attribut gesellschaftlicher Nähe verleihen. Dazu sollten auch gesamt-europäische Diskussionen über notwendige rechtliche Änderungen, die die Entwicklung dieses Engagements befördern würden, Informationskampagnen und politische Initiativen angestoßen werden, die Entscheidungsträgern, den Medien, NGOs und der Bevölkerung Wert und Bedeutung des freiwilligen Engagements für unsere Realität zeigen. Auch sollten »gute Beispiele« vorgestellt werden, die das Engagement von aktiven Menschen würdigen. Ähnlich wie bei den anderen Prioritäten für die Ratspräsidentschaft arbeitet die polnische Regierung derzeit mit Experten an der Konkretisierung der Pläne in diesem Bereich.

### Vorbereitungen

Für diese mannigfaltigen Herausforderungen ist eine gute Vorbereitung unerlässlich. Seit vielen Monaten führt die polnische Regierung ein spezielles Programm ein, das Schulungen für die Verwaltung, die Ausarbeitung der Prioritäten sowie Konsultationen mit anderen EU-Mitgliedern umfasst. Dies wird im Folgenden in knapper Form vorgestellt.

Auf der Grundlage der Analyse vorangegangener Ratspräsidentschaften wurde ein Modell für den polnischen Vorsitz ausgearbeitet; organisatorisch handelt es sich um ein zentralistisches Modell. Des Weiteren wurde die Funktion des »Beauftragten für die Vorbereitung der Organe der Regierungsadministration und die Ausübung des Vorsitzes der Republik Polen im Rat der EU« (Pełnomocnik ds. Przygotowania Organów Administracji Rządowej i Sprawowania przez RP Przewodnictwa w Radzie UE) eingerichtet. Vorläufer dieser Funktion war bis Dezember 2009 der Posten des Leiters des »Amtes des Komitees für Europäische Integration« (Urząd Komitetu Integracji Europejskiej – UKIE). Mit der Angleichung des Amtes an das Außenministerium im Januar 2010 erhielt der Beauftragte den Rang des stellvertretenden Außenministers. Außerdem wurde das »Vorbereitungsprogramm« gestartet und die Rekrutierung und Schulung der Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen begonnen, es wurden die Städte ausgewählt, in denen die Hauptveranstaltungen der Ratspräsidentschaft stattfinden sollen, sowie die Grundzüge des kulturellen Programms und der Informationskampagnen verabschiedet. Darüber hinaus dauern die Konsultationen mit ausländischen und polnischen Experten über die Ziele der Ratspräsidentschaft und ihre Verwirklichung in Zusammenarbeit mit dem Dritten Sektor an. Um die Kommunikation zwischen den Ministerien zu verbessern, wurde

<sup>1</sup> Eine jährlich polenweit organisierte Geldsammlung, deren Erlös an Krankenhäuser für den Kauf medizinischer Geräte geht. Im Rahmen dieser Sammlung finden Konzerte, Openair-Veranstaltungen und Versteigerungen, die vom Fernsehen übertragen werden, statt. Beispielsweise wurden 2009, als die Aktion zum 17. Mal durchgeführt wurde, 40.458.625,09 Zloty gesammelt und nahmen 120.000 freiwillige Helfer an der Aktion teil.

eine ressortübergreifende Beratergruppe eingerichtet, die den Regierungsbeauftragten fachlich und organisatorisch unterstützt. Außerdem wurde eine Internetseite freigeschaltet, die ständig um die neuesten Informationen aktualisiert wird ([www.prezydencjaue.gov.pl](http://www.prezydencjaue.gov.pl)). Vorläufige Schätzungen ergeben, dass der Ratsvorsitz Polen 430 Mio. Zloty (ca. 106,44 Mio. Euro) kosten wird, was ungefähr den Ausgaben vorangegangener Ratspräsidentschaften entspricht.

### Chancen und Möglichkeiten

Polen steht angesichts der bevorstehenden Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft vor vielen Herausforderungen. Die Präsidentschaft eröffnet allerdings dem betreffenden Land auch viele Chancen. Vor allem ist dies erst einmal die Gelegenheit, sich auf internationalem Parkett als Staat zu präsentieren, der Ideen für die Entwicklung der EU hat, den europäischen Integrationsprozess unterstützt und effektiv vorgeht. Nimmt man hinzu, dass das Bild der polnischen Europapolitik bei den ausländischen Partnern nicht immer positiv war, kann die Zeit des Ratsvorsitzes dafür genutzt werden, dieses Image zu verbes-

sern. Diese Aufgabe wird sicherlich nicht dadurch einfacher, dass Polen zum ersten Mal diese Funktion ausübt und dazu noch unter teilweise geänderten Regeln. Deshalb muss sich die polnische Regierung gut vorbereiten und eng innerhalb des Trios zusammenarbeiten sowie auch mit dem Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch mit den anderen Partnern. Wichtig wäre es, für die polnischen Initiativen die Unterstützung des größten Nachbarn in der EU, Deutschland, zu gewinnen. Die im Koalitionsvertrag der neuen deutschen Regierung festgehaltene Absichtserklärung, die Kooperation mit Polen zu vertiefen und gemeinsam die Entwicklung der europäischen Integration zu befördern, legt nahe, dass eine Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Pläne für die Ratspräsidentschaft möglich ist. *Last but not least* bietet der EU-Ratsvorsitz auch die Chance, die gesellschaftliche Unterstützung für die Mitgliedschaft und Aktivität Polens in der Gemeinschaft weiter aufzubauen sowie das Wissen zu diesem Thema zu erweitern.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

### Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten] in Warschau und dort Leiterin des Europäischen Programms. Sie ist Autorin und Mitautorin von Untersuchungsberichten, Monographien und Artikeln zur polnisch-deutschen Thematik. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die europäischen Institutionen (EU-Ratspräsidentschaft, Europäisches Parlament), das Pressewesen und die politische Bildung.